



Cave: Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen

Von IQB Lutz Barth

Erstellt am 22 Jan 2012 - 05:51

Den Trägern der Charta ist es gelungen, mit gehörigem Pathos den Fürsorgegedanken gerade am Ende eines sich neigenden Lebens in das Bewusstsein insbesondere all derjenigen Hospizler und Palliativmediziner zu rücken, die sich aus professioneller Binnenperspektive weitestgehend unwidersprochen von dem Selbstbestimmungsrecht der schwersterkrankten Patientinnen und Patienten distanziert haben.

Ein Umstand, der einerseits in einem aufgeklärten Zeitalter mehr als unsäglich und andererseits aber nicht sonderlich verwunderlich ist, weil gerade die Initiatoren der Charta für einen neuen ethischen Neopaternalismus eintreten, bei dem das Selbstbestimmungsrecht, aber auch der Verfassungsbegriff von der „Würde des Menschen“ fehlinterpretiert wird.

So sehr im Kern das Anliegen der Charta auch zu begrüßen ist, so wenig darf hierüber ein gesellschaftlicher Konsens hergestellt werden, da die Rede vom „Sterben in Würde“ endgültig zur Farce wird. Diese zugegebenermaßen herbe Kritik ist deshalb erforderlich, weil die Initiatoren bestrebt sind, der Öffentlichkeit gegenüber darzulegen, dass „alle gesellschaftlich und gesundheitspolitisch relevanten Gruppen“ an dem Chartaprozess beteiligt sind und hieraus folgend gleichsam der Versuch unternommen wird, im politischen Raum die entsprechenden Weichen zu stellen, so es letztlich darauf ankommen soll, ggf. in Anlehnung an den „gesellschaftlichen Konsens“ Einfluss auf den parlamentarischen Gesetzgeber über die politisch Verantwortlichen nehmen zu können.

Ein Sterben unter würdigen Bedingungen bedeutet eben nicht nur, „den Bestrebungen nach einer Legalisierung der Tötung auf Verlangen oder der Beihilfe zum Suizid durch eine Perspektive der Fürsorge und des Miteinanders entgegenzuwirken“, sondern den schwersterkrankten und sterbenden Patienten mit seiner selbstbestimmten Entscheidung schlicht und manchmal auch ergreifend ernst (!) zu nehmen.

Dass hier die Initiatoren der Charta nur eine einseitige Kultur des Sterbens zu fördern beabsichtigen, in dem die Option eines frei verantwortlichen Suizids gerade eines schwersterkrankten Patienten verworfen wird, dokumentiert letztlich eindrucksvoll, dass es keineswegs erstrebenswert ist, wenn aus der Charta der parlamentarische Gesetzgeber Konsequenzen für die nach wie vor brennenden Fragen eines ethischen Hochdiskurses über das selbstbestimmte Sterben in Würde ziehen, geschweige denn einen „gesellschaftlichen Konsens“ der „gesellschaftlich relevanten Gruppen“ unterstellen würde.

Den Initiatoren der Charta sowie denjenigen, die sich im Wege einer Selbstverpflichtungserklärung dem Text vorbehaltlos angeschlossen haben, bleibt es freilich unbenommen, ihre Lesart von einem „würdigen Sterben“ zu verkünden und entsprechend zu dokumentieren.

Indes kann und darf der Charta nicht die Qualität eines gesellschaftlichen Konsenses beigegeben werden, da mit dem Konsens eine Absage an ein zentrales Freiheitsrecht verbunden ist. Der stets bemühte und durchaus ehrenvoll anmutende Paternalismusgedanke kann hierüber nicht hinwegtäuschen, mal ganz davon abgesehen, dass nahezu alle Umfragen auf einen „gesellschaftlichen Konsens“ schließen lassen, der genau das Gegenteil von dem beinhaltet, was uns die Charta gerade nicht zugestehen will: Die Möglichkeit, frei verantwortlich dem Leiden im Falle einer Schwersterkrankung zu entfliehen und hierbei darauf hoffen zu dürfen, dass uns ggf. eine Ärztin oder Arzt unseres Vertrauens am Ende unseres Lebens begleitet.

Gleichwohl wird diesseits nicht verkannt, dass es sich bei den Initiatoren der Charta und den Mitunterzeichnern um eine ohne Frage gesellschaftlich relevante Gruppe handelt, die für sich eine individuelle Entscheidung mit Blick auf ihr gewünschtes „Sterben in Würde“ getroffen hat.

Mehr als diese schlichte Erkenntnis folgt aber nicht aus den Aktivitäten der Initiatoren der Charta und unsere Gesellschaft wird es zu akzeptieren haben, dass es den Hospizler und so



manchen Palliativmedizinern aufgrund ihrer individuellen (!) Werthaltung nicht möglich ist, über die eigene Gewissensentscheidung hinaus sich auf einen gesellschaftlichen Konsens zu verständigen, nach dem es dem Einzelnen obliegt, für sich eine frei verantwortliche Entscheidung an seinem Lebensende zu treffen.

Gleichwohl darf und muss vom parlamentarischen Gesetzgeber erwartet werden, dass er dem Charme eines ethischen Neopaternalismus nicht erliegt, sondern sich auf den ethischen Grundstandard unseres Grundgesetzes besinnt und demzufolge ein „Sterben in Würde“ ermöglicht, in dem der schwersterkrankte Sterbewillige seine Regie über seinen Tod führen kann, ohne hierbei auf die Option des natürlichen Sterbens im Sinne der Charta festgelegt zu sein.

Hospizler und Palliativmediziner sollten begreifen, dass das Selbstbestimmungsrecht neben der Würde des Menschen ein hochrangiges Gut ist und von den Befürwortern der Sterbehilfe nicht „verklärt“ wird, sondern anzumahnen eine humanitäre Verpflichtung allerersten Ranges ist!

Dem schwersterkrankten Patienten obliegen keine sozialetischen Pflichten, die zu beachten ihm ggf. im Sinne der Charta aufgegeben sind und von daher kann in der Legalisierung insbesondere der ärztlichen Suizidassistenten ein Beitrag des parlamentarischen Gesetzgebers erblickt werden, ethisch begründbare Wahloptionen für den freien und mündigen Patienten zu normieren, die dem ethischen Standard unseres Grundgesetzes gerecht werden. Selbstverständlich muss diesbezüglich Konsens darüber bestehen, dass die Ärzteschaft ebenso in ihre Mündigkeit entlassen und nicht einem diktatorischen Zwangsdiktat unterworfen wird, nach dem es den Ärztinnen und Ärzten verwehrt ist, gemäß ihrer individuellen Gewissensentscheidung zu handeln. Eine Ärzteschaft, die sich ethische Zwangsfesseln anlegen lassen muss, wäre m.E. gut beraten, gegenüber ihren ethischen Obergelehrten aufzubegehren, denn nach meinem Verständnis führt dann die vielgepriesene Arztethik in eine Unfreiheit eines freien Berufsstandes, die gegenüber den Patientinnen und Patienten nicht nur nicht vermittelbar ist, sondern eine Gesinnung der Funktionäre offenbart, die auf das Schärfste zu kritisieren ist. Um es klar zum Ausdruck zu bringen: Das Präsidium der BÄK oder der entsprechenden Landesärztekammern ist nicht ethisch integerer als die Hausärztin und der Hausarzt, die sich ihren schwersterkrankten und sterbenden Patienten widmen und letztlich ihre Wünsche ernst nehmen. Allein das Ansinnen, in dieser höchst sensiblen Gewissensentscheidung berufsrechtlichen Druck auszuüben, halte ich für derart ungeheuerlich, dass es mir gelegentlich die Sprache zu verschlagen droht.

Der schwersterkrankte und sterbende Patient wird allein seine vertrauensvolle Beziehung zu seiner Ärztin/seinem Arzt zu schätzen wissen und weder eine Charta noch ein berufsrechtliches Verbot der ärztlichen Suizidassistenten entbinden diese von der sicherlich ungeheuer schwierigen Aufgabe, nach gemeinsamen Antworten auf dringende Fragen am Lebensende zu suchen, wohlwissend darum, dass beide einander wertschätzen und die jeweilige Meinung (will heißen: Gewissensentscheidung!) des anderen zu tolerieren und zu akzeptieren bereit sind. Von dieser Warte aus betrachtet schließt das Fürsorgeprinzip der Ärzteschaft gerade nicht die Begleitung des Schwersterkrankten auf seinem letzten Weg aus, wenn wir denn bereit sind, zu akzeptieren, dass auch Ärztinnen und Ärzte nicht bar ihrer individuellen Gewissensentscheidung zum Spielball eines Arztethos werden, dass über das ärztliche Berufsrecht oder eine Charta zementiert werden soll.

Derart „unmündige Ärztinnen und Ärzte“ können wir uns in unserer Gesellschaft nicht wünschen!

Von daher wäre es schon begrüßenswert, wenn die Initiatoren der Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen aber auch die BÄK sich zur ihrer eigentlichen Basis und damit dem Fundament ihrer Argumentationsführung bekennen – einem Fundament, dass jedenfalls nach hiesiger Einschätzung eher philosophischen resp. theologischen Grundeinsichten geschuldet ist, denn einem unbefangenen Blick in die für uns alle maßgeblichen Verfassungsordnung.

Es mag der Katholischen Kirche aufgrund ihrer ureigenen Dogmenlehre zugestanden sein, vor einem „radikalen Säkularismus“ zu warnen und gegenüber einem „extremen Individualismus“ Stellung zu beziehen und an das es auf der Grundlage des sog. Naturrechts gilt, nach wie vor die scheinbar für unabänderlich gehaltenen moralischen Wahrheiten zu verkünden (vgl. dazu aktuell: „Papst besorgt über antichristliche Strömungen in den USA“, in kath.net v. 20.01.12 >>> >>>[>>>http://kath.net/detail.php?id=34846](http://kath.net/detail.php?id=34846) <<<)

All dies ist im Rahmen unserer Verfassung gestattet, während demgegenüber allen voran die Landesärztekammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts darauf bedacht sein sollten, im wahrsten Sinne des Wortes neutral zu bleiben. Nur wenn die Neutralität gewahrt bleibt, wird sich ein entsprechender gesellschaftlicher Konsens auch über die Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen dergestalt einstellen, dass einer Jeder frei verantwortlich sein Leben beenden kann und zwar auch im Zustande schwerster Erkrankung.

Da der frei verantwortliche Suizid und im Übrigen die Beihilfe hierzu nicht strafbar sind und gute Gründe dafür streiten, dass eine Suizidassistenten gerade durch die Ärzteschaft als wünschenswert erscheint, wenn und soweit die mitwirkenden Ärztinnen und Ärzte es mit ihrem Gewissen vereinbaren können, plädiere ich nach wie vor dafür, die ärztliche Suizidassistenten entsprechend zu legalisieren. Sofern dies allerdings nicht gewünscht ist, wird unsere Gesellschaft über die Legalisierung von Sterbehilfegesellschaften nachzudenken



haben und es fragt sich, ob dies im Interesse der Ärzteschaft liegt, wenn diese gerade in den entscheidenden Momenten des Abschieds aus dem Leben ihre Patienten professionellen Sterbehilfeaktivisten überantworten, die – vorsichtig ausgedrückt – in der Vergangenheit eher durch spektakuläre Aktionen auffällig geworden sind, denn durch einen fundierten Beitrag zur Sterbehilfedebatte, um die von ihnen selbst initiierten „Merkwürdigkeiten“ auszuräumen.

Lutz Barth

IQB – Medizin- &. Pflegerecht - Lutz Barth

Sieverner Str. 156, 27607 Langen

Tel. 04743 / 322 97 39

Internetportal: www.iqb-info.de [1]

E-Mail: webmaster@iqb-info.de [2]

- [Arzt, Praxis und Qualifikationen](#)

Quellen URL (aufgerufen am 31 Dez 2020 - 04:02): <http://www.medkom24.eu/node/15691>

Links:

[1] <http://www.iqb-info.de>

[2] <mailto:webmaster@iqb-info.de>